



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2020 bis 2022**

**2. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**10. November 2020**

**Beschlussbuch**

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**      **WP 2020 bis 2022**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 25.09. 2020 (verlegt vom 28.03. 2020)**

**ANT 001/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/02 Französisch Buchholz**

**29.01.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Bessere Rückkopplung der BVV-Fraktion zur KDV**

---

- 1 Um die Fraktion im Vorfeld von Kreisdelegiertenversammlungen (KDV) besser in die Beratung
- 2 vorliegender Anträge einzubeziehen, wird diese mit einem Mitglied in die Antragskommission
- 3 kooptiert.
- 4
- 5 Die SPD-Fraktion in der BVV Pankow wird aufgefordert, zu jeder KDV schriftlich darüber zu
- 6 berichten, ob und wie die Beschlüsse vorhergehender KDVen umgesetzt wurden. Der Bericht
- 7 soll bis zum Antragschluss eingereicht werden, so dass er den Kreisdelegierten mit dem
- 8 Antragsbuch zur Verfügung gestellt werden kann.
- 9
- 10 Der Antragskommission wird empfohlen darüber zu beraten, ob eine Aussprache zu diesem
- 11 Bericht vor dem Einstieg in die Antragsberatung auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

**Begründung:**

Es ist eine Selbstverständlichkeit und gelebte Praxis in der SPD Pankow, dass Mandatsträger\*innen der Partei über ihre Tätigkeit berichten. Unsere BVV-Fraktion tut dies sehr ausführlich sowohl öffentlich als auch gegenüber dem Kreisvorstand.

Die Kreisdelegiertenversammlung ist das wichtigste Beschlussgremium der SPD Pankow. Sie entscheidet unter anderem über die politischen Ziele im Bezirk sowie über die Aufstellung von Kandidat\*innen für die BVV. Insofern ist es naheliegend, dass auch diesem Gremium gegenüber direkt berichtet wird. Auf diese Weise erhalten alle Kreisdelegierten eine Rückmeldung über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit.

Zudem wird bisher nicht über Beschlüsse berichtet, die nicht umgesetzt werden. Mit gutem Grund gibt es in der BVV kein imperatives Mandat. Wenn sich die BVV-Fraktion jedoch entscheidet, von der Willensbildung der Partei abzuweichen, dann kann sie ihre Gründe hierfür der KDV am besten mit einem direkten Bericht darstellen.

**ANT 002/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/02 Französisch Buchholz**

**29.01.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlosse:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Integrierte Sekundarschule (ISS) mit gymnasialer Oberstufe auf der „Elisabeth-Aue“**

---

- 1 Die SPD Pankow fordert die Errichtung einer integrierten Sekundarschule mit
- 2 gymnasialer Oberstufe auf der „Elisabeth-Aue“.
  
- 3 Die SPD-Fraktion in der BVV Pankow und die sozialdemokratischen Mitglieder des
- 4 Abgeordnetenhauses Berlin werden aufgefordert, die entsprechenden Planungen zu
- 5 forcieren.

**Begründung:**

Bereits mit dem Antrag 061/04 hat sich die KDV für eine behutsame Entwicklung der Elisabeth-Aue in der kommenden Legislaturperiode ausgesprochen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine ISS mit gymnasialer Oberstufe berücksichtigt.

Da die Planung und Errichtung von Schulstandorten erfahrungsgemäß viel Zeit in Anspruch nimmt, ist es notwendig, unverzüglich in den Planungsprozess einzusteigen. Dies gilt um so mehr, als dass es im Pankower Norden an ISS mit gymnasialer Oberstufe besonders mangelt.

Zukünftig wird ein großes Einzugsgebiet mit vielen schulpflichtigen Jugendlichen bedient werden müssen. Der Rand der Elisabeth-Aue ist schon seit Langem als Standort einer dringend benötigten ISS mit gymnasialer Oberstufe im Gespräch. Bisher verfügen noch nicht mal die angrenzenden Ortsteile (Buchholz, Blankenfelde oder Rosenthal) über eine Oberschule. In der Koalitionsvereinbarung der Berlin regierenden Parteien SPD, DIE LINKE und BÜNDNISS 90/DIE GRÜNEN heißt es „... Die Koalition wird die Schulen zu guten Lehr- und Lernorten entwickeln und die notwendigen Sanierungen und Neubauten realisieren. ... Deshalb wird die Koalition in allen Integrierten Sekundarschulen (ISS) den Weg zum Abitur ebnen und sie dadurch stärken ...“

Eine Errichtung und Förderung einer integrierten Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe sehen wir in diesem Kontext -unabhängig von der weiteren Entwicklung der Elisabeth-Aue- als vom Land unterstützt, gewollt und gefördert.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**      **WP 2020 bis 2022**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 25.09. 2020 (verlegt vom 28.03. 2020)**

**ANT 007/01**

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**15.02.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**„Juckt’s im Schritt? Lass Dich testen.“ Und zwar für lau!**

1 Wir fordern,

2

3 1. dass Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten von der öffentlichen Hand übernommen  
4 werden. Dazu gehören HIV, Gonokokken, Hepatitis B und C, Herpes, Chlamydien und Syphilis.

5

6 2. dass STI-Tests Teil der regulären gynäkologischen Vorsorgeuntersuchung werden bzw.  
7 einmal im Jahr bei einem Besuch bei der\*dem Hausarzt\*in oder Dermatolog\*in angeboten  
8 werden.

**Begründung:**

„Juckt’s im Schritt? Lass dich auf sexuell übertragbare Krankheiten testen.“ Diesen und andere Sprüche hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in U-Bahnhöfen und Co. plakatiert. Solche Kampagnen sind wichtig und haben einen sichtbaren Effekt. Das gilt für die Kampagnen für HIV-Prävention wie für die Kampagnen gegen übermäßigen Alkoholkonsum.

Sexuell übertragbare Krankheiten („sexually transmitted infections“ - STIs) sind stigmatisiert, oft ist das Wissen nur gering und es wird nicht genügend über sie gesprochen. Und eben oft auch nicht früh oder oft genug zur Ärztin gegangen. Das gefährdet nicht nur die Betroffenen selbst, sondern eben auch alle anderen, die sich potenziell anstecken können. Entsprechend hat die gesamte Gesellschaft ein Interesse daran, dass sich alle möglicherweise Betroffene testen lassen, auch präventiv und regelmäßig.

Wer nun aber der Kampagne Folge leistet und sich testen lässt, macht das in der Regel auf eigene Kosten. HIV-Tests gibt es bei manchen Gesundheitsämtern oder bei der AIDS-Hilfe umsonst, aber Termine sind dort teilweise schwer zu bekommen. Die Kosten für den Chlamydientest übernehmen die Krankenkassen, aber nur für Frauen bis 25 – denn in ihrer Vorstellung würden sowieso alle Menschen ab 25 bis an ihr Lebensende in monogamen Beziehungen leben und könnten sich also gar nicht neu anstecken.

Die Annahme, das sei der einzige Lebensentwurf für alle, ist natürlich weltfremd. Die Krankenkassen müssen sich endlich der Lebensrealität der Menschen anpassen. Es kann nicht sein, dass Menschen, die ein verantwortungsvolles Sexleben führen wollen, dafür selbst bezahlen müssen. Tests, die alle schützen, müssen einfach und kostenfrei zur Verfügung stehen, damit sie von möglichst vielen Menschen angenommen werden.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow      WP 2020 bis 2022**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 25.09. 2020 (verlegt vom 28.03. 2020)**

**ANT 008/01**

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**15.02.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Migrant\*innenselbstorganisationen stärken, strukturelle  
Diskriminierung verhindern!**

- 1 Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport und das Landeskriminalamt (LKA) werden
- 2 aufgefordert,offenzulegen, nach welchen Kriterien Vereine als sog. Ausländervereine im Sinne
- 3 von § 14 Absatz 1 Vereinsgesetz eingeordnet werden und Einzelfälle, in denen die
- 4 Klassifizierung nach Nachnamen erfolgt sein soll, aufzuklären, wie etwa bei KuB e.V..

**Begründung:**

Im August 2019 wurde eine Migrant\*innenselbstorganisation, offenbar nicht die einzige, vom LKA aufgefordert sich als Ausländerverein gem. § 14 Abs. 1 des Vereinsgesetzes anzumelden. Auf die Nachfrage, wie das LKA zu dieser Auffassung kam, wurde telefonisch mitgeteilt, dass das LKA die Namen der Vereinsvorstände der MSO sichtet und je nachdem wie „deutsch“ oder „fremd“ die Namen klingen, geht das LKA davon aus, ob es sich um einen Ausländerverein handelt oder nicht.<sup>1</sup>

Ausländervereine sind solche, deren Mitglieder oder Leiter\*innen sämtlich oder überwiegend Ausländer\*innen sind und nicht die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines Mitgliedstaates der EU besitzen. Ausländervereine können zusätzlich unter den Voraussetzungen des § 14 Abs. 2 VereinsG verboten werden.

Migrant\*innenselbstorganisationen in Berlin haben eine enorm wichtige gesellschaftliche Funktion, indem sie die Teilhabe und Inklusion vieler ermöglichen und ein fester Ansprechpartner der Politik in den Belangen der Migration und Integration sind. Diese Vereine anhand der Namen der Vorstände zu kategorisieren, ob sie „deutsch“ oder „fremd“ sind, lässt eine Wertschätzung innerhalb der Sicherheitsbehörden für MSO missen und deutet auf strukturellen Rassismus hin.

Viele Genoss\*innen sind auch in MSO organisiert und verrichten wichtige ehrenamtliche und außerparteiliche Arbeit. Wir stehen für eine Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. Zur Stärkung unserer Gesellschaft gehört nicht nur das Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft, sondern auch die Bekämpfung von struktureller Diskriminierung und anderen Hürden.

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung der betroffenen MSO: [https://kub-berlin.org/images/documents/Aktuelles/PM\\_LKA\\_Rassismus\\_25\\_10\\_2019.pdf](https://kub-berlin.org/images/documents/Aktuelles/PM_LKA_Rassismus_25_10_2019.pdf)

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 25.09. 2020**

**WP 2020 bis 2022**

**ANT 011/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/01 Niederschönhausen-Blankenfelde**

**30.05.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**8. Mai als bundesweiten gesetzlichen Feiertag festsetzen!**

1 Die SPD hat sich dem Nationalsozialismus entschieden entgegengestellt und schwer unter dem  
2 Hitlerfaschismus gelitten. Unsere Haltung, in der SPD verankert, lautet daher ganz klar: „Nie wieder  
3 Faschismus! Nie wieder Krieg!“. Nach 75 Jahren Kriegsende wurde in Berlin am 8. Mai 2020 der Opfer der  
4 Gewaltherrschaft mit einem Feiertag gedacht. Eine große Anzahl von Genossinnen und Genossen aus  
5 der ganzen Stadt nutzten die Gelegenheit, Kränze niederzulegen, historische Orte zu besuchen und mit  
6 vielen Bürger\*innen – auch hinter den Corona-Masken – ins Gespräch zu kommen, die ebenfalls die freie  
7 Zeit zum Gedenken mit Familienangehörigen und auch auffallend vielen jungen Menschen nutzten. Um  
8 unserem Motto treu zu bleiben und um die Gräueltaten der Nazis auch in der heutigen Zeit, in der die  
9 rechten Brandstifter wieder an die Macht drängen, niemals dem Vergessen anheimfallen zu lassen, soll  
10 der 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ zu einem bundesweiten Gedenktag erklärt  
11 werden. Denn Erinnerungskultur und Gedenken brauchen Zeit und einen Anlass, um im Bewusstsein der  
12 Menschen tief wirken zu können.

13  
14 Die vorgenannten Gliederungsebenen werden aufgefordert, den 8. Mai als bundeseinheitlichen  
15 arbeitsfreien Gedenktag in die Gesetzgebung aufnehmen zu lassen.

**Begründung:**

Der 8. Mai als Tag der Befreiung ist für Deutschland und Europa der Gedenktag, an dem der Beendigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem Ende des mörderischsten Krieges in Europa gedacht wird.

Diese Befreiung Europas und auch Deutschlands gelang durch die ungeheure vereinte Anstrengung der alliierten Streitkräfte aus Ost und West. Der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung, auch weil er die Möglichkeit schuf, in Deutschland eine nachhaltig demokratische Gesellschaft aufzubauen. Dies gelang erst in einem Teil, später ab 1989 in Gesamtdeutschland. Jedoch schmälert die Entwicklung im Ostteil Deutschlands nach der Befreiung in keiner Weise die Leistungen der Alliierten im Kampf gegen den Faschismus.

Der 8. Mai 1945 begründete außerdem eine Friedensphase in Mitteleuropa, wie es sie in der modernen Geschichte seit dem frühen Mittelalter nicht gab. Auch das ist ein Verdienst der alliierten Soldaten, Widerstandskämpfer und aller Menschen, die ungeheure Opfer dafür gebracht haben. Mit Blick auf die immer weniger werdenden Zeitzeugen ist es notwendig, diesen Feiertag durch eine gesamtdeutsche Prägung das notwendige Gewicht zu geben. Es soll die Möglichkeit gegeben werden, an diesem Feiertag dem Andenken den zeitlichen Rahmen über den ganzen Tag zu geben.

**ANT 012/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/05 Pankow-Süd**

**07.06.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Guter vorbeugender Arbeitsschutz für medizinisches Personal und Pflegepersonal**

---

1 Die zuständigen sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträger\*innen werden gebeten,  
2 den Arbeitsschutz und die Hygienekonzepte insbesondere für die Beschäftigten in den  
3 Berliner Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu überprüfen und den Erfordernissen  
4 eines Pandemiefalles anzupassen. Entsprechende Konzepte und daraus folgende  
5 Maßnahmen sollen durch das Landesamt für Arbeitsschutz (LaGetSi) in Kooperation mit  
6 der zuständigen Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege  
7 (BGW) sowie Vertreter\*innen der Betriebsärzt\*innen, der Fachkräfte für  
8 Arbeitssicherheit, der Arbeitsausschüsse und der Betriebs- und Personalräte in den  
9 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen erarbeitet und deren Umsetzung evaluiert  
10 werden. Dies beinhaltet auch Konzepte für Hygiene, Arbeitsschutzausrüstungen,  
11 Vorbeugung psychischer Belastungen und Pläne, in welchen Organisationseinheiten  
12 welche Mitarbeiter\*innen in Notfällen eingesetzt werden können. Zugleich ist zu prüfen,  
13 ob ausreichend Angebote für eine psychosozialen Notfallversorgung für Betroffene und  
14 Beschäftigte in traumatisierenden Situationen bestehen; ggf. sind ausreichende  
15 Angebote zu schaffen.

**Begründung:**

16 Die Corona-Krise ist der herausragende Einsatz der Beschäftigten in den Berliner  
17 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen für die Gesundheit der Patienten überdeutlich  
18 geworden; zugleich hat sie die immensen Belastungen offenbart, denen das  
19 Pflegepersonal ausgesetzt ist. Der Schutz der Arbeitnehmer\*Innen darf sich daher nicht  
20 nur auf das Tragen von Masken beschränken, sondern muss allumfassend sein. Das  
21 Personal kann seiner Verantwortung gegenüber den Patienten nur gerecht werden,  
22 wenn es selbst gesund bleibt. Dafür ist es erforderlich, dass die Gesundheits- und  
23 Pflegeeinrichtungen ihre Gefährdungsbeurteilungen nach § 5 Arbeitsschutzgesetz  
24 (ArbSchG) in Hinblick auf die Herausforderungen durch die Pandemie überarbeiten und  
25 Maßnahmen zum Schutz vor den erkannten Gefahren implementieren. Dabei sind die  
26 Einrichtungen durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung zu  
27 unterstützen, die insb. durch das LaGetSi die Erarbeitung z.B. entsprechender  
28 Musterkonzepte initiiert und organisiert. Die Musterkonzepte sollen vorhandene  
29 Standards wie z.B. die einschlägigen Hygienekonzepte des Robert-Koch-Instituts

30 berücksichtigen. An ihrer Erarbeitung sollen die BGW, Vertreter\*innen der Betriebsärzte,  
31 der Fachkräfte für Arbeitssicherheit, der Arbeitsausschüsse und der Betriebs- und  
32 Personalräte in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen beteiligt werden. Die  
33 Konzepte zum Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer\*innen sollen insb.  
34 Hygienestandards, Vorschläge zur gesundheitsfördernden Gestaltung der  
35 Arbeitsprozesse, der Ausstattung mit Arbeitsmitteln, darunter auch mit  
36 Schutzausrüstung und mit Hilfsmitteln zur Gewährleistung eines ergonomischen  
37 Arbeitens und Maßnahmen zur Vermeidung oder Reduzierung von physischen und  
38 psychischen Belastungen enthalten. Die Umsetzung der Musterkonzepte in den  
39 Einrichtungen soll evaluiert werden.



**ANT 013/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/05 Pankow-Süd**

**07.06.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Berliner Gesundheitsämter gut ausstatten**

- 1 Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass die Berliner Gesundheitsämter gestärkt und in
- 2 möglichst schnell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben und Funktionen insbesondere bei
- 3 der gegenwärtigen und in künftigen Epidemie-Fällen vollumfänglich wahrnehmen zu können. Die
- 4 zuständigen sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträger\*innen werden gebeten, auf eine
- 5 Verbesserung der Ausstattung der Gesundheitsämter hinzuwirken. Notwendig sind
- 6 insbesondere eine
- 7 – Aufstockung des Fachpersonals, begleitet durch tarifpolitische Anpassungen,
- 8 – eine bessere Test-Situation durch die Personalverstärkung,
- 9 – ausreichende Ausstattung mit geeignetem Schutzmaterial und Testmaterial, um den
- 10 Hygieneschutz zu gewährleisten und den Aufbau eines entsprechenden Reservebestandes,
- 11 – einheitliche, dem Stand der Technik entsprechende, datenschutzsichere Digitalausstattung
- 12 (Hard- und Software) für die Analyse, Dokumentation, Berichterstattung, Verfolgung von
- 13 Infektionsketten und Überwachung der Hygiene in Gesundheitseinrichtungen, ,
- 14 – bessere Vernetzung untereinander sowie mit anderen relevanten Gesundheits-Institutionen,
- 15 wissenschaftlichen Einrichtungen und Laboren auf nationaler und internationaler Ebene,
- 16 – Kommunikationsstrategie, um die Informationspflicht gegenüber den Institutionen der
- 17 Legislative, Exekutive und der Bevölkerung ausreichend erfüllen zu können.

**Begründung:**

Im Verlauf der Corona Krise wurde deutlich, wie wichtig die Gesundheitsämter als bezirkliche Einrichtungen für den Infektionsschutz und die Überwachung hygienischer Vorschriften in Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern, Arztpraxen, etc, sind. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Berliner Gesundheitsämter schnell an ihre Belastungsgrenzen stoßen und ihren hoheitlichen Aufgaben für den Gesundheitsschutz und sonstigen Aufgaben der Bevölkerung nur eingeschränkt nachkommen konnten, insbesondere aufgrund fehlenden Personals. Die Schnellrekrutierung von Hilfspersonal kann nur als eine Notfallmaßnahme angesehen werden. Daher ist eine dauerhafte Aufstockung des Personalbestandes in den Gesundheitsämtern und eine attraktivere Bezahlung notwendig, die durch die Tarifpartner verhandelt werden muss.

**ANT 015/01**

Antrag Nr.

**AG Migration und Vielfalt der SPD Pankow (AGMig) 14.08.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

x **Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Keine Veröffentlichung von Wohnadressen zum Schutz von  
Kommunal- und Landespolitiker\*innen vor politischer Gewalt**

- 1 Der Berliner Senat möge beschließen, dass  
2  
3 1.) die Wahlordnung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den  
4 Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlordnung - LWO) so geändert wird, dass  
5 in Zukunft ausschließlich die Erreichbarkeitsadressen der Bewerber\*innen im Amtsblatt  
6 veröffentlicht werden bzw. an Dritte weitergegeben werden dürfen.  
7 2.) Gleichzeitig soll beschlossen werden, dass die Erreichbarkeitsadressen unter keinen  
8 Umständen deckungsgleich mit den Wohnadressen der einzelnen Bewerber\*innen sein  
9 dürfen.  
10 3.) Sollten Bewerber\*innen keine von ihrer Privatadresse abweichende  
11 Erreichbarkeitsadresse angeben können, möge der Berliner Senat nach einer  
12 alternativen Lösung für solche Fälle sorgen, z.B. in dem eine neutrale Senatsadresse  
13 eingerichtet wird.

**Begründung:**

Die Angriffe gegen Kommunalpolitiker\*innen sind besorgniserregend: Beleidigungen, Hassmails, Drohbriefe und körperliche Übergriffe nehmen jährlich zu. Viele Kommunalpolitiker\*innen beklagen, dass Drohbriefe oft an ihre privaten Wohnanschriften gesendet bzw. ihre privaten Wohnanschriften durch die Täter\*innen in öffentlichen Onlineforen veröffentlicht und preisgegeben werden.

Zwar haben Kommunalpolitiker\*innen die Möglichkeit, eine melderechtliche Auskunftssperre beim zuständigen Bezirksamt zu beantragen, doch die Hürden für einen solchen Vermerk sind hoch. Oft müssen jedoch bereits erfolgte Bedrohungslagen nachgewiesen werden, sonst wird einer solchen Auskunftssperre nicht stattgegeben.

In Berlin werden laut Wahlordnung bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen sowohl die Wohnanschrift als auch eine mögliche Erreichbarkeitsadresse der Bewerber\*innen erfragt, dabei darf die Erreichbarkeitsadresse von der Wohnanschrift abweichen, muss es aber nicht.

In § 40 **Bekanntmachung der Wahlvorschläge** wird geregelt, dass der Landeswahlleiter oder die Landeswahlleiterin spätestens drei Wochen vor dem Wahltag „den Doktorgrad (Dr.),

Familiennamen, Vornamen, Geburtsjahr und -ort, erlerntem und ausgeübtem Beruf sowie Postleitzahl der Wohnanschrift und im Wahlvorschlag angegebener Erreichbarkeitsanschrift für jeden Bewerber und jede Bewerberin im Amtsblatt für Berlin“ bekanntmacht. Eine von der Wohnadresse abweichende Erreichbarkeitsadresse kann dort nur dann veröffentlicht werden, wenn die Bewerber\*innen eine angegeben haben.

Nach der Wahl regelt **§ 74 Bekanntmachung des Wahlergebnisses** wieder die Veröffentlichung obengenannter Daten im Amtsblatt. Und hier liegt für viele betroffene Bewerber\*innen das Problem und für viele Täter\*innen die Chance: Die Veröffentlichung im Amtsblatt, die für alle Bürger\*innen einsehbar ist, wird von den Täter\*innen oft als eine Datenbank gesehen, in der sie, wenn keine abweichende Erreichbarkeitsadresse hinterlegt ist, sämtliche Wohnadressen der politischen Bewerber\*innen bzw. gewählten Mandatsträger\*innen einsehen können. Die hinterlegten Angaben werden bei Änderungen der Wohn- bzw. Erreichbarkeitsanschrift sogar vierteljährlich aktualisiert.

Daher sollen in Zukunft die Bewerber\*innen und Mandatsträger\*innen aufgefordert werden, immer und zwingend eine von ihrer Wohnadresse abweichende Erreichbarkeitsadresse anzugeben, damit sie selbst, aber auch die Mitglieder ihres Haushaltes vor Bedrohungen und Angriffen geschützt werden. Sollten die Bewerber\*innen und Mandatsträger\*innen keine abweichende Erreichbarkeitsadresse angeben können (viele kleinere Wählervereinigungen haben z.B. kein

(Wahl-)Kreisbüro), muss der Berliner Senat für solche Fälle eine andere Möglichkeit anbieten, z.B. in dem eine neutrale Senatsadresse eingerichtet wird.

**ANT 018/01**

Antrag Nr.

**AsF Pankow**

**14.08.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der BUNDESVORSTAND möge beschließen:**

**Resolution**

**Frauen in der Corona-Krise Geschlechtergerechtigkeit muss auch in Krisenzeiten selbstverständlich sein!**

1 Die Corona-Pandemie beeinträchtigt das Leben aller Menschen. Viele leiden unter  
2 gesundheitlichen, wirtschaftlichen oder privaten Einschränkungen. Dennoch sind nicht alle gleich  
3 stark betroffen. Die Pandemie belastet vor allen viele Frauen überproportional stark. Die  
4 Soziologin Jutta Allmendinger spricht angesichts der Corona-Krise von einem „Rückfall auf eine  
5 Rollenteilung wie zu Zeiten unserer Großeltern“ und einer „entsetzlichen Retraditionalisierung“. <sup>1</sup>  
6 Soweit darf es nicht kommen! Deswegen fordern wir, dass bei allen politischen Entscheidungen  
7 zur Bewältigung der Krise der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt wird.  
8 Außerdem muss die strukturelle Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern konsequenter als  
9 bisher bekämpft werden. Nur so kann erreicht werden, dass es in Krisensituationen keine  
10 gravierenden Rückschritte gibt.

11

12 **Frauen auf dem Arbeitsmarkt**

13

14 Viele Frauen konnten lange nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeiten, weil der größte Anteil  
15 der Sorgearbeit (Kinderbetreuung, Heimunterricht, Pflege) von ihnen übernommen wurde. Über  
16 20 % der Mütter haben ihre Arbeitszeit in den letzten Monaten reduziert, die sowieso schon  
17 kürzer als bei den Männern ist. <sup>2</sup> Besonders Frauen mit ohnehin niedrigem Einkommen trifft  
18 diese Situation hart. Viele Frauen müssen außerdem aufgrund der langen Abwesenheit vom  
19 Arbeitsplatz mit Problemen in ihrer beruflichen Entwicklung rechnen.

20 Erschwerend kommt hinzu, dass in vielen Formen prekärer Beschäftigung mehr Frauen als  
21 Männer arbeiten (z. B. Minijobs). Sie sind in der Krise nun kaum vor Kündigung geschützt  
22 Außerdem waren bestimmte Branchen wie das Gastgewerbe, in denen Frauen überproportional  
23 vertreten sind, stärker betroffen vom Lockdown betroffen als z. B. die Produktion. Deshalb steigt  
24 die Arbeitslosigkeit bei Frauen derzeit stärker als bei Männern. <sup>3</sup>

25

<sup>1</sup> Jutta Allmendinger: Die Frauen verlieren ihre Würde, ZEITOnline, Gastbeitrag vom 12. Mai 2020,  
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung>.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. etwa Arbeitsmarktreport (Monatszahlen) der Agentur für Arbeit Berlin Nord, Juni 2020.

26 Deshalb setzen wir uns für folgende Punkte ein:

27

- 28 ➤ Sämtliche staatliche Maßnahmen wie Rettungspakete, Konjunkturprogramme und
- 29 Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nach der Wirtschaftskrise müssen den Aspekt
- 30 der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen (Stichwort: Gender Budgeting)
- 31 ➤ Die Rückkehr zum Regelbetrieb in Schulen und Kitas muss, unter den gebotenen
- 32 Sicherheitsvorkehrungen, höchste Priorität haben.
- 33 ➤ Homeoffice kann für Familien eine gute Entlastung sein. Es darf aber kein Ersatz für
- 34 Bildungs- und Betreuungsangebote werden.
- 35 ➤ Jobcenter und Arbeitsagentur müssen zielgruppenspezifische Beratungsangebote für
- 36 Frauen schaffen, die in der Krise ihren Job verloren haben.
- 37 ➤ In Branchen mit überproportional vielen prekär Beschäftigten (z. B. Gastgewerbe) muss
- 38 es langfristig eine bessere soziale Absicherung geben.

### 39 **Frauen in systemrelevanten Berufen**

40

41 Während der Corona-Krise wurde der Begriff „Systemrelevanz“ von Berufen geprägt. Wie eine

42 Untersuchung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung aus dem Juni 2020 zeigt, ist

43 der Frauenanteil in diesen Berufsgruppen weit überdurchschnittlich. Gleichzeitig sind Entlohnung

44 und Sozialprestige deutlich unter dem Durchschnitt.<sup>4</sup>

45 Während der Krise ist für jeden noch deutlicher geworden, was z. B. in der Krankenpflege, der

46 Jugendhilfe, dem Erziehungssektor, aber auch im Einzelhandel oder von Reinigungsdiensten

47 geleistet wird. Diese Menschen haben einen entscheidenden Anteil daran, dass wir bisher

48 verhältnismäßig glimpflich durch die Krise gekommen sind.

49

50 Deshalb setzen wir uns für folgende Punkte ein:

51

- 52 ➤ Systemrelevante Berufe verdienen höhere Anerkennung – das bedeutet vor allem auch
- 53 bessere Bezahlung.
- 54 ➤ Die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen müssen deutlich verbessert werden. Das
- 55 betrifft die Arbeitszeitgestaltung, Maßnahmen zum Arbeitsschutz, berufliche
- 56 Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc.
- 57 ➤ Prämien für die Leistungen während der Corona-Krise müssen fair verteilt werden.
- 58 Regelungen, bei denen einzelne Gruppen komplett leer ausgehen, wie es sich gerade
- 59 bei großen Teilen des Krankenhauspersonal abzeichnet, wirken demotivierend und
- 60 kontraproduktiv

61

### 62 **Frauen in Notsituationen**

63

64 Die Corona-Krise hat besonders Menschen hart getroffen, die vorher schon unter sehr

65 schwierigen Bedingungen leben mussten. Das trifft gerade auch auf Frauen zu.

66 In einer repräsentativen Befragung von Forscherinnen der Technischen Universität München

67 und des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung von Mai 2020 berichten 3,1% der befragten

68 Frauen von körperlichen Auseinandersetzungen mit ihrem (Ehe-)Partner innerhalb des letzten

69 Monats. In 6,5% der befragten Haushalte kam es zu körperlicher Bestrafung eines Kindes. Die

70 Gefahr war bei Personen in häuslicher Quarantäne deutlich höher. Auch finanzielle Sorgen

---

<sup>4</sup> Josefine Koebe, Claire Samtleben, Annekatri Schrenker und Aline Zucco: Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich, DIW aktuell Nr. 48 vom 29. Juni 2020.

71 stellten einen besonderen Risikofaktor da. Hilfsangebote wurden überwiegend nicht in Anspruch  
72 genommen.<sup>5</sup>

73

74 Menschen, die von körperlicher und psychischer Gewalt im eigenen Zuhause betroffen sind,  
75 befinden sich in einer besonderen Notlage. Diese wird häufig durch Depressionen und andere  
76 psychische Probleme sowie die Angst vor drohender Wohnungslosigkeit verstärkt. Hier muss  
77 unsere Gesellschaft sensibler werden und rechtzeitig leicht zugängliche Hilfsangebote  
78 unterbreiten.

79

80 ➤ Wer von häuslicher Gewalt betroffen ist, muss schnell und unbürokratisch  
81 Zufluchtmöglichkeiten haben. Deshalb müssen z. B. die Angebote von Frauenhäusern  
82 ausgebaut werden.

83 ➤ Wenn hier die Kapazitäten nicht ausreichen, müssen kurzfristig auch andere  
84 Unterbringungsmöglichkeiten, z. B. in Hotels oder Ferienwohnungen finanziert werden.

85 ➤ Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer häuslicher Gewalt müssen erweitert  
86 werden. Das gilt insbesondere für Angebote, die im akuten Notfall auch online genutzt  
87 werden können.

88 ➤ Es müssen mehr Stellen in Berliner Jugendämtern geschaffen werden.

89 ➤ Durch Öffentlichkeitsarbeit müssen noch mehr Menschen für das Thema sensibilisiert  
90 und ermutigt werden, Hilfe anzubieten.

---

<sup>5</sup> Janina Steiner, Cara Ebert: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse, <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**02. KDV am 10.11. 2020**

**WP 2020 bis 2022**

**ANT 022/02**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/12 Helmholtzplatz**

**15.09.2020**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Make The Rich Pay For Covid-19:  
Vermögensabgabe zur Finanzierung der staatlichen Mehrausgaben  
infolge der Corona-Pandemie durchführen**

---

- 1
- 2 Als SPD Pankow unterstützen wir die Forderung nach einer Vermögensabgabe zur
- 3 Finanzierung der staatlichen Mehrausgaben infolge der Corona-Pandemie. Dabei ist uns
- 4 insbesondere wichtig, dass die Allerreichsten eine besonders hohe Abgabenlast tragen.
- 5
- 6 Es ist deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Vermögensabgabe gestaffelt erfolgt.